



Internationaler Arbeitskreis für Verantwortung in der Gesellschaft e.V.

International Working Group for Responsibility toward Society

Международная рабочая группа «Ответственность в обществе»

Geschäftsstelle: Dr.Hans Penner D-76351 Linkenheim-H - E-Mail: vorstand@iavg.org - www.iavg.org

IAVG-Internet-Dokumentationen

Familienpolitik der Bundesregierung

www.iavg.org/iavg086.pdf / Stand: 05.03.2007

Mit einer Werbeanzeige unter dem Motto "Drei K sind out - www ist in" hat die Bundesregierung für das Aktionsprogramm "Frauen ans Netz" geworben. Die Ablehnung von "Kinder, Küche, Kirche", d. h. von Erziehung, Hausfrauenarbeit und christlichem Engagement, kennzeichnet die Familienpolitik der Bundesregierung.

Inhaltsverzeichnis

[1. Ablehnende Stellungnahmen](#)

[2. Diskussion](#)

1. Ablehnende Stellungnahmen

Borchert, Jochen, Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Borchert erklärt zu der Werbeanzeige, die Bundesregierung diskreditiere Frauen, die sich "pro Familie" entschieden hätten und einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft leisteten. Es sei "grob fahrlässig", wenn der Eindruck erweckt werde, nicht Kinder und Familie, sondern das Internet seien unsere Zukunft. Auch das Engagement von Frauen in der Kirche bleibe für unsere Gesellschaft wichtig. Es gebe in Deutschland keine Institution, in die sich so viele Frauen einbrächten, wie in die beiden großen Kirchen. "Die Kirchenfeindschaft der Sozialdemokratie und der Grünen zeigt sich in der Öffentlichkeit immer unverhohlener. Der EAK verurteilt diese kinder-, familien- und kirchenfeindliche Kampagne." (idea 25.10.2000)

Eichhorn, Maria, Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundtagsfraktion

Maria Eichhorn kritisiert die Kampagne. Sie diffamiere Mütter, die sich ganz ihren Kindern widmeten. Die Werbeanzeige sei Bestandteil einer einseitigen Politik: "Die Familienpolitik dieser Regierung ist fixiert auf die Erwerbstätigkeit von Müttern. So wichtig eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, so verfehlt ist eine geringe Schätzung von Eltern, ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen wollen, um sich ganz der Familienarbeit zu widmen. So wichtig eine verbesserter Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, so verfehlt ist eine Geringschätzung von Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen wollen, um sich ganz der Familienarbeit zu widmen." (idea 25.10.2000)

[Zurück zum Seitenanfang](#)

2. Diskussion

Schröder, Bundeskanzler Gerhard

Schreiben IAVG vom 28.11.2000: "...in Zeitschriften wie "Der Spiegel" (16.10.2000) und "Stern" (26.10.2000) haben Sie eine Anzeige mit dem Slogan "KKK (Küche, Kinder, Kirche) ist out, WWW (World Wide Web) ist in" veröffentlicht. Hieraus schließen wir, daß dieser Satz die Maxime Ihrer Familienpolitik zum Ausdruck bringt. Dieser Sachverhalt erfüllt uns aus folgenden Gründen mit Sorge:

1. Ihre Familienpolitik ist deutschfeindlich: wir sind ein aussterbendes Volk, weil nur noch durchschnittlich 1,3 Kinder pro Elternpaar geboren werden. Sehr viele ungeborene Kinder werden getötet, weil Sie ihnen den Rechtsschutz entzogen haben. Diese Tendenz dürfte durch Ihre Anzeige gefördert werden.
2. Ihre Familienpolitik ist frauenfeindlich: Frauen werden in ein maskulines Schema gepreßt. Der von Ihnen

zu Unrecht diffamierte Hausfrauenberuf ist außerordentlich vielseitig und von kaum zu überschätzender Bedeutung. Außer den von Ihnen genannten Aufgaben der Ernährung, der Erziehung und der gesellschaftlichen Verantwortung umfaßt er auch noch Krankenpflege und Krisenmanagement.

3. Ihre Familienpolitik ist kinderfeindlich: Sie fordern dazu auf, Kindern die familiäre Geborgenheit zu entziehen. Die Folgekosten werden für die Gesellschaft infolge der entstehenden psychischen Schäden und der Torpedierung des Generationenvertrages beträchtlich sein.

4. Ihre Familienpolitik ist atheistisch, wie dies auch die grausamen Diktaturen des 20. Jhdts. waren. Wir weisen darauf hin, daß das von Ihnen mißachtete Christentum die Pfahlwurzel der abendländischen Kultur, unseres freiheitlichen Rechtsstaates und der Sozialen Marktwirtschaft bildet.

"Nur ein erneuerter Glaube an Gott kann die Wandlungen herbeiführen, die erforderlich sind, um eine Katastrophe abzuwenden" (Wernher von Braun). Naturwissenschaftler liefern genügend Belege für die Existenz eines persönlichen Schöpfergottes, dem unser Verhalten nicht gleichgültig ist. Um der Zukunft unseres Volkes willen legen wir Ihnen und unseren Mitbürgern die Rückbesinnung auf Gott nahe, dem wir sowohl uns selbst als auch unseren freiheitlichen Wohlstand verdanken..." (Als Anzeige veröffentlicht in IDEA-Spektrum 49/2000)

[Zurück zum Seitenanfang](#)